

schafter. Das letzte Jahr hat daher auch die Gewerkschafter politisch aufgerüttelt. Die Wahl vom 21. April in Zürich, wo es gelang, einen engherzigen Polizeier aus dem Stadtrat zu werfen und durch einen Sozialdemokraten zu ersetzen, zeigte deutlich, dass die Demokratie den Arbeitern schneidige Waffen in die Hand gibt, zu deren wirksamer Führung die politische Organisation erforderlich ist.

Mögen daher wegen der vielen ausländischen Arbeiter Partei und Gewerkschaft auch weiter für sich marschieren: sie werden doch, je länger, desto mehr, zu gemeinsamer Arbeit kommen. Die Sozialdemokratie hat bei uns noch nie die gewerkschaftliche Organisation und Bewegung vernachlässigt oder als minderwertig betrachtet. Und gerade in der Demokratie wird sie immer mehr darauf hingewiesen, in ihrer politischen Tätigkeit nichts anderes zu sein, als die Vorkämpferin der arbeitenden Klasse.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

KARL LEUTHNER · SOZIALDEMOKRATISCHER ANTIMILITARISMUS



ER die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus richtig erfassen will, hat keinen andern Weg, als dass er die Tatsachen beobachtet und abschätzt, welche die sozialdemokratische Praxis in dem Verhalten zu Heer und Heeresfragen gesetzt hat. Die Armee der allgemeinen Wehrpflicht und die proletarische Bewegung sind auf dem Boden des modernen Staates gewachsen und haben in vielfältiger, feindlicher Berührung wichtige Seiten ihres Wesens entfaltet. Indessen wirkten Gedankenformen fort, die von der Tradition vergangener Zeiten getragen waren. Das Leben musste, wie so oft, neben der Lehre seine Bildungen ansetzen. Und doch gediehen sie zu dauernden typischen Gestalten. Die vorbildliche deutsche Sozialdemokratie hat auf keinem Gebiete allgemeiner gültige Vorbilder geschaffen, als mit ihrer parlamentarischen Behandlung militärischer Probleme. Soweit nicht die besonderen Verhältnisse der anderen Länder diese Probleme selbst abändern, sind die in Deutschland gefundenen Lösungen meist einfach übernommen worden.

Die antimilitaristische Kritik der Sozialdemokratie im Parlament ist durchaus schöpferisch und aufbauend, sie denkt den Grundgedanken des *Volkes in Waffen* zu Ende, zieht aus den geschichtlichen Voraussetzungen der allgemeinen Wehrpflicht die letzten Konsequenzen. Die Idee der allgemeinen Wehrpflicht bedeutete ursprünglich die Wehrhaftmachung der Volksgesamtheit in modernen Formen und — weil in schwerer Kriegsnot entstanden — ein ausschliesslich und unmittelbar kriegsmässiges Heer. Indem nun die Sozialdemokratie die Beschränkung der Dienstzeit auf die zur Ausbildung unerlässlich nötige Frist und die Beseitigung allen Formenwesens verlangt, sucht sie den Gedanken der allgemeinen Wehrhaftigkeit, der sich nur in einer vervollkommenen Art von Miliz vollenden kann, zur Wahrheit zu erheben. Die Väter des modernen Heeres wollten alle Geistes- und Gemütskräfte der Nation in das Heer einströmen lassen, unter dem Schlagwort *Freiheit des Rückens* kämpften sie für die Abschaffung der barbarischen, entehrenden Strafmethoden des alten Werbe- und Konstriptionsheeres; die Sozialdemokratie fordert die Entfernung des

militärischen Ausnahmerechts, die Schonung der menschlichen und männlichen Ehre des Soldaten, die Einschränkung der Disziplinarbestimmungen in den Grenzen der Dienstnotwendigkeit und des Kriegszwecks, sie will also, dass der Krieger als Volksgenosse und Bürger im Heere stehe. Die Sorge um das leibliche Wohl des Soldaten, um die Rechte der Kriegsinvaliden beweist, wie sehr sie die Armee als Glied des Volkes empfindet.

Der Antimilitarismus der Sozialdemokraten und der Antimilitarismus der alten Demokraten und Liberalen unterscheiden sich demnach von Grund aus. In dem liberalen Armeehass klang die Lebensstimmung des friedlichen, ehrenwerten Bürgers des 18. Jahrhunderts nach, der die Soldaten als zusammengekauftes Gesindel verachtete und über die schuldenmachende Breitspurigkeit der Offiziere in Entrüstung geriet. Der Sozialdemokrat von heute kann so nicht empfinden. Er selbst oder seine nächsten Bekannten und Freunde waren Soldaten, nicht der Abhub, sondern der Kern der Nation geht durch die Kaserne. Als aus dem würdigen Rokokoherren der strebsame Bürger des 19. Jahrhunderts wurde, mengten sich mit der überlieferten Missachtung des bunten Rockes Gefühle des Rangstreites. Die zur Herrschaft vordringende Klasse wünschte den Staat nach ihrem Ebenbilde, in ihrem Geiste umgebildet zu sehen. Die Mustertypen und Ideale des Kontors stiessen sich an den Idealen und Typen der Kasernenritterlichkeit. Wäre nicht schon die Geschichte Zeugin dagegen, so müsste es der Begriff sagen, dass es Torheit ist, den modernen Militarismus vom Bürgertum und bürgerlichen Staat herzuleiten. Überall ist er vielmehr ursprünglich im Kampfe gegen das Bürgertum durchgesetzt worden. Erst das Vordringen der nationalen Gesinnung hat den Bourgeois und den Intelligenzler mit dem Offizier als dem Wiederhersteller der nationalen Einheit oder dem erträumten Rächer der Niederlage versöhnt, wobei dann der Reserveoffizier als Vermittler zwischen beiden Schichten den Sinneswandel vollendete. Dagegen entspricht die Art, wie der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus in der Fürsorge für den Soldaten und die Widerstandskraft des Vaterlandes eine positive Wendung gewinnt, den Stimmungen und Gefühlen einer Volksgemeinschaft, in der jeder taugliche Mann dem Dienst der Kaserne verfällt. Und sie rechtfertigt sich durch das tiefere Gefühl des modernen Menschen für historische Zusammenhänge. Das dogmatisch-liberale und dogmatisch-demokratische Denken ist isolierend. Es erblickt die Erscheinungen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens als selbständige Wesenheiten. Der Fürst und seine Soldateska sind Quell und Ursprung alles Übels. Und trotz der Theorien vom Volksstaat wirkt im tiefsten Empfinden die staatslose Gesinnung nach, die im 18. Jahrhundert Lebensgefühl war. Wollte Friedrich der Grosse, dass der Krieg ausschliesslich seine Angelegenheit sei, die den friedlichen Bürgern nichts angehe, so dachte der Bürger selbst ähnlich. In der Loslösung des Kulturlebens vom öffentlichen Wesen liegt das in der Manchesterlehre wirtschaftlich motivierte Bestreben nach möglichst wenig Staat, möglichst gar keinem Staat, bereits vorgebildet. Würde jedoch die Sozialdemokratie den Staat ausschliesslich als gegen den Arbeiter gerichtete Organisation, das Heer als ein blosses Werkzeug seiner Unterdrückung ansehen, so wäre es unsinnig, den Arbeiter aufzufordern, dass er die Flinte auf den Buckel nehme, um das Vaterland zu verteidigen, und lächerlich, durch Sorge um die kriegsgemässe Ausbildung und Ausrüstung des Soldaten die Waffe des Gegners zu schärfen.

Die Praxis der Sozialdemokratie zeigt, dass sie den Staat und das Heer als ein historisches Gebilde fasst, als Produkte zahlreicher Ursachenreihen. Das geschichtliche Leben aber und seine Formen schöpft keine Definition aus. Der Staat ist die Organisation der besitzenden Klassen, aber zugleich — mindestens, sofern er sich auf einer Volkseinheit aufbaut — eine Gemeinschaft geistiger und materieller Kultur, ist dies vor allem in den Beziehungen zum Auslande, und alles, was ihn in seiner Unversehrtheit in dem ungestörten Verlauf seiner Lebensprozesse gefährdet, setzt namentlich das Proletariat als die gegen wirtschaftliche Schwankungen empfindlichste Klasse in Not. Ebenso ist das Heer sicherlich auch ein Unterdrückungsmittel in der Hand herrschender Gewalten und Klassen, aber es ist dies, als Heer der allgemeinen Wehrpflicht, mit Entfremdung von seinem geschichtlichen Ursprung, von seinem wahren Zweck, von seinem tiefsten Wesen. Wer ein blosses Werkzeug zur Erhaltung der Bourgeoisie herrschaft gewinnen wollte, hätte kein ungeeigneteres schaffen können, als die modernen Armeen. Sie ruhen auf dem Prinzip der Aufbietung der ganzen Volkskraft: wie aber bietet man das Volk gegen das Volk auf? Das ist eine Waffe, die dem Gebraucher selbst gefährlich werden kann. Jeder empfindet es doch durchaus anders, wenn Militär, als wenn etwa Gendarmerie zu Polizeizwecken verwendet wird. Es ist nur die *Idee*, vielleicht eine Fiktion, dass sich im Heere die Einheit eines Volkes am kraftvollsten zusammenfasst, allein eine Fiktion, die der heutige nationale Staat und seine Vertreter gar nicht entbehren können, und wider die sie sich vergehen, sobald sie Soldaten gegen das Volk marschieren lassen. Nun besteht die bewunderungswürdige Genialität der parlamentarischen Praxis der deutschen Sozialdemokratie gerade darin, dass sie den Missbrauch des Heeres vom Standpunkte des Heeres aus bekämpft. Sie ist deshalb nicht etwa lass und linde gegen den Militarismus. Vielmehr hat ihre andauernde und immer tiefer eindringende Kritik sein wahres Wesen erst der Welt enthüllt, für die Ungeheuerlichkeit der militaristischen Entartungen das Gefühl erst geschärft. Doch indem die Sozialdemokratie die Soldatenmisshandlungen, den Kadaververgehorsam, die grauenvolle Härte der kriegsgerichtlichen Urteile, den Junkerhochmut der Offiziere als die Äusserungen des militärischen Geistes im Heere erkannte und darlegte, wies sie zugleich nach, dass die Anmassungen des Militarismus mit dem Sinn und Wesen der allgemeinen Wehrpflicht selbst im Widerspruch stehen, dass sie den gelungenen Versuch darstellen, die Kräfte des Volksheeres für fremde Zwecke zu eskamotieren, auf dem Grunde des bewaffneten Volkes das Privileg einer Kaste und ein volksfeindliches Regime aufzubauen. Die feinste und wirksamste Wendung dieser Kritik bedeutet es dann, wenn in der Schilderung zweckloser Kavallerieattacken, unkriegsmässig angelegter Manöver, in der Enthüllung des forcierten, durch Luxustreiben und Schuldenwesen äusserlich getünchten Heroentums des *ersten Standes* die schädlichen Rückwirkungen des Militarismus auf die Schlagfertigkeit und den guten Geist der Truppe anschaulich gemacht werden. Wie die sozialdemokratische Polemik gegen die Anmassungen des Militarismus längst weit über die Parteikreise hinaus zum Gemeingut aller demokratischer Gesinnten, ja aller in Kulturdingen Empfindungsfähiger geworden ist, so hat die parlamentarische Manöverkritik sogar in der Welt der Fachleute Nachhall gefunden.

Ihren eigentlichen Wert hat aber diese Betrachtung der militärischen Vorgänge

darin, dass sie das Heer nicht als selbständige, vereinzelte Erscheinung löst, sondern stets im Zusammenhange hält mit der Darstellung der politischen und sozialen Zustände. In der Praxis der Sozialdemokratie leuchtet dies in der Entschiedenheit hervor, mit der sie jede besondere antimilitaristische Propaganda als gefährlich und erfolglos verwirft. Die Theorie, der gegenüber den komplexen Erscheinungen des politischen Lebens meist nur die bescheidene Rolle zufällt, die von der Praxis in ihren Berührungen mit der mannigfaltigen Wirklichkeit sozusagen experimentell gewonnenen Erkenntnisse in einen vorläufigen Einklang der Gedanken zu bringen, wird der tatsächlich befolgten Parteitaktik sich auch darin anbequemen, dass sie die geschichtliche Bedeutung des Militarismus im Widerspruch zu landläufigen Meinungen auf das richtige Mass zurückzuführen sucht. Das moderne Heer ist keineswegs die granitne Grundlage der bestehenden Ordnung und noch weniger ihr undurchdringlicher Schild. Sondern es ist eine Waffe, die man nur sehr schwer handhaben und durchaus nicht schlechthin nach ihren eigenen Tugenden verwenden kann. Denn über die Verwendbarkeit des Heeres zu politischen Experimenten entscheidet noch mehr, als die Stimmung des Heeres selbst, die Stimmung des Landes, weshalb in der allgemeinen Politik die stärksten Möglichkeiten der Abwehr liegen. Sehen wir aber, dass die höchstgetürmten Klassenstaaten des modernen Heeres überhaupt entbehren, dass andererseits die Gewalt der Waffen gegen Arbeiter in Staaten ohne modernen Militarismus, wie Belgien und Amerika, ebenso häufig angewendet wird, wie in Militärstaaten, und in diesen nicht seltener, wenn sie Republiken, wie Frankreich, als wenn sie Monarchieen sind, wie Italien oder Ungarn, und dass endlich die wirtschaftlich höchstentwickelten Staaten Europas, England und Deutschland, bei durchaus verschiedener politischer Entwicklung und militärischer Ausrüstung doch darin übereinstimmen, dass hier fast niemals Soldaten gegen Arbeiter ausrückten: so wird man verünftigerweise in Militärexpeditionen weder einen notwendigen Ausdruck des Militarismus, noch des Kapitalismus erblicken, sondern die Ursachen der Vorgänge in besonderen Zuständen suchen.

Wird das Heer der allgemeinen Wehrpflicht mit seiner die soziale Schichtung des Volkes reproduzierenden Zusammensetzung häufig und in grösserem Umfange gegen das Volk aufgeboten, so lockern sich notwendig die Bande der Disziplin, so verfällt der Geist des militärischen Zusammenhalts; der Staat bezahlt die Ordnungsarbeit mit dem Sinken seines militärischen Ansehens nach aussen. Das Volksheer einer Kulturnation ist ein viel zu empfindlicher Organismus, als dass er nach Belieben missbraucht werden könnte; eben deshalb besitzt es jedoch als politisches Machtmittel jene Bedeutung nicht mehr, die einst der Armee zukam. Das gilt freilich nicht bloss im reaktionären, sondern auch im revolutionären Sinn. Ein Regime, vorwiegend auf das Militär gestützt, ist in Kulturstaaten undenkbar; undenkbar sind aber auch Prätorianerrevolten und die Vergewaltigung einer Volksmehrheit durch eine revolutionäre Minorität vom Lager der Meuterer aus. Das sozial verschiedenfältig zusammengesetzte Heer kann nicht zum Werkzeug einer revolutionären Klassenpolitik werden, nur eine allgemeine politische Bewegung könnte es mitreissen. Indes lehrt die Geschichte der russischen Revolution, dass auch in solchem Falle die Disziplin im Heere der allgemeinen Wehrpflicht erstaunlich gut standhält, dass nur örtliche Erhebungen möglich sind; der Regel nach ohne Folgen, denn der moderne Staat

konzentriert nicht, wie der Staat der Vergangenheit, seine Machtmittel in wenigen Punkten, sondern umfasst kraftvoll seine ganze Fläche. Hauptstädtische Revolutionen als Weltumwälzungen gehören der Geschichte an.

Damit ist dem *Hervéismus* — und zugleich jedem Putschismus — das Urteil gesprochen; denn jede Bestrebung vergeudet sündhaft Kräfte, die nicht ein letztes Ziel und eine letzte Möglichkeit vor sich sieht. An dem Erfolge, dass da oder dort eine Abteilung den Gehorsam verweigert, mögen Knaben sich freuen, Männer werden das schwere, nutzlose Opfer bedenken, dass der Brecher der Mannszucht auf sich nimmt. Wäre nur wenigstens erreicht, dass solche Auftritte die Öffentlichkeit gegen die Verwendung des Militärs bei Streiks aufstürmten! Aber in der Regel erregen sie bloss das Gefühl, dass das nationale Interesse der ungeschmälernten Disziplin gefährdet sei, und in die Flagge patriotischer Entrüstung hüllen sich mit besonderm Behagen die grimmigsten Feinde der Arbeiterschaft, deren schäbige Profitinteressen nun in eine Linie rücken mit der *grossen Sache des Vaterlandes*. Gewiss, diese ausschliesslich französischen Vorkommnisse haben ihre ausschliesslich französischen Ursachen in der Tradition des Landes, in seiner Geschichte, die so oft den Parteikampf in die Gestalt des wirklichen Kampfes übergehen lässt. Und am Ende besitzen die Franzosen auch eine grössere Elastizität des Empfindens, solche Dinge aufzunehmen und innerlich zu überwinden. Dennoch stammen nahezu die meisten Störungen und Hemmnisse der französischen Arbeiterbewegung aus dem Antimilitarismus und dem ihm seelenverwandten *Syndikalismus*. Geschichtlich zu erklären sind sie, wie gesagt, leicht, nur heisst hier erklären auch nicht im entferntesten entschuldigen. Alle elementaren Wutausbrüche einer unterdrückten Klasse haben eben in der Unterdrückung ihren zureichenden Erklärungsgrund, allein sie führen auch unweigerlich zu Niederlagen. Gerade sie zu verhindern, ist Zweck und Wesen der Sozialdemokratie, und die dämonischen Kräfte der proletarischen Bewegung in organisiertem Handeln zu rationalisieren. Mit ihrem strikten Gegensatz kann aber die Sozialdemokratie nicht paktieren, am wenigsten, wenn der *Hervéismus* aus dem emphatischen in den rein phrasenhaften Zustand herabsinkt und eine besondere antimilitaristische Agitation meint, die sich nicht in Taten umsetzen soll. Als ob nicht auch sonst der Kampf gegen den Militarismus ein Hauptstück der sozialdemokratischen Propaganda bildete! Und als ob nicht alles, was über dieses wohlgewogene Mass hinausgeht, nur Gelegenheiten schüfe für die, welche darauf lauern, die Sozialdemokratie auf *nationalem Verrat* zu betreten, um für ihre vom Klassenegoismus eingegebenen Hetzereien die stark national empfindenden Mittelschichten als Hilfstruppe zu gewinnen! Ist es indes die vornehmste Aufgabe des sozialdemokratischen Antimilitarismus, in den breiten Massen der Bevölkerung solche Stimmungen zu erzeugen, die ein Anrufen der Gewaltmittel, das Aufgebot des Heeres und den Missbrauch der nationalen Ideen zum Schaden des Proletariats erschweren, so kann alles, was dem widerläuft, nur Nachteil und Hemmnis sein. Wir haben gesehen, wie sich aus der Praxis, welche die deutsche Sozialdemokratie und die nach ihrem Vorbilde arbeitenden ausserdeutschen sozialdemokratischen Parteien im Parlament ausüben, die ganze Lehre des Antimilitarismus einer vernünftigen proletarischen Politik entwickeln lässt. In der beständigen Berührung mit der Wirklichkeit ist hier die *ungeheure Weisheit* der Erfahrung entstanden und hat sich an konkreten Aufgaben unfehlbar bewährt. Nun scheint

aber der internationale Kongress diese Aufgaben noch einmal im allgemeinen zu stellen. Müssen sie da nicht ein völlig anderes Gesicht bekommen? Indes, gibt es einen Militarismus im allgemeinen, einen Krieg oder Frieden im allgemeinen? Auch hier kann uns die parlamentarische Tätigkeit, zumal der deutschen Sozialdemokratie, die Richtschnur geben. Sie hat stets bei Demonstrationen und Deklarationen ins allgemeine eine sehr wohlthuende Zurückhaltung geübt, in der wohlberechtigten Überzeugung, dass der Wahlspruch *Wenn's nichts nützt, so schadet's nichts* besser strebsamen Tischgesellschaften, als grossen Parteien ziemt. Überdies ist das Schwärmen für den Frieden an sich die wohlfeilste Sache von der Welt. Wer will denn in unseren Zeiten der Kulturverzärtlichung den Krieg als Krieg? Kaum die jüngsten Leutnants. Schon die technischen Formen des Kampfes liefern der alten Schlaglust wenig Nahrung. Nicht den Krieg gilt es zu bekämpfen, sondern die Ursachen des Krieges, die sich in den besonderen Beziehungen einzelner Staaten zu einander verbergen: in politischen Beziehungen. Denn der Militarismus als solcher ist gerade durch das Übermass der Rüstungen in einen Zustand beinahe komischer Unbeweglichkeit geraten. Wenn jede Nation bis zur Ausschöpfung der letzten Kraft zu kämpfen bereit und fähig ist, wo fänden sich die Chancen des Sieges, die sich sonst aus dem Unterschied der Kriegsbereitschaft ergaben? Kaum wird heute eine Festlandsmacht aus völlig freiem Entschluss in den Krieg ziehen. Doch können Verwickelungen und jählings aufwirbelnde Stimmungen die in den Zuständen eines Landes oder in den Beziehungen zweier Staaten gegebene Spannung zur Explosion bringen. Und da ist nun wohl zu unterscheiden, dass in den unfertigen staatlichen Zuständen des Ostens Konflikte sich vorbereiten mögen, denen keine Klugheit vorbeugt, dass aber zum Beispiel der Handelsgegensatz der Deutschen und der Engländer nur durch eine Kriegshetze zum Brande entfacht werden könnte, hier also der Sozialdemokratie beider Länder die Aufgabe erwächst, eine Agitation des Friedens zu führen; was erst recht vom Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich gilt, die keine feindlichen Interessen trennen, sondern bloss nutzloses Erinnern und vergeblicher Streit.

Sieht man Deutschland an, so wird niemand, der die Dinge leidenschaftslos betrachtet, den jetzigen Staatslenkern kriegerische Gesinnung zumuten. Nicht überströmendes Kraftgefühl: eine Art von reizbarer Schwäche könnte hier einmal gefährlich werden. Und der Sitz des Übels ist, dass die heute Verantwortlichen — man möchte schier glauben: nach eigenem Gefühl — der Verantwortung unfähig sind, der Reichstag jedoch in Dingen der auswärtigen Politik wenig Einfluss besitzt. Jeder Fortschritt zur Demokratie vermehrt in Deutschland die Friedensbürgschaften, weil er der Reichspolitik, die heute haltlos schwankt, die verlorene Standfestigkeit wiedergeben kann. Nur lege man dies nicht so aus, als sei das Heil von der *parlamentarischen Kontrolle* zu hoffen! Kein Parlament der Welt kontrolliert ernstlich und wirklich die auswärtige Politik. Das ist eine technische Unmöglichkeit. Auch der englische Minister des Aussern stellt oft sein Haus bei den wichtigsten, schicksalentscheidenden Vertragsabschlüssen vor fertige Tatsachen, färbt die Berichte und wählt die Dokumente aus. Verhandlungen zwischen Staaten sind eben auch das Geheimnis des anderen Staates, sind und bleiben es meist gerade in den wesentlichen Dingen. Und ebenso wird auch das freieste Parlament die politischen

Verträge, die der Minister abgeschlossen hat, in der Regel ratifizieren müssen, um die Vertragsfähigkeit des Vaterlandes nicht zu kompromittieren. Die Kontrolle des Parlaments besteht hier darin, dass die Vertragschliessenden zugleich die Vertrauensmänner des Parlaments sind: also im parlamentarischen System, nicht in den Mitteln parlamentarischer Überprüfung. Die Regierung ist selbst nichts als der Ausschuss des Hauses; und möchte — besonders bei dem Überwiegen auswärtiger und kolonialer Interessen — der führende Ausschuss an tatsächlicher Macht über das Haus hinaus wachsen, so stellen sich dem doch gewisse Schranken entgegen: in der Sachkunde der Oppositionsführer, die ihrerzeit gleichfalls am Ruder waren und die *Lage der Akten* kennen, sowie in der Macht der öffentlichen Meinung. Diese zu stärken und zu erziehen, während sie jetzt in gänzlich unsachlicher Zustimmung und oft nicht eben kenntnisreicher Ablehnung einherschwanke, bedeutet aber besonders in Deutschland eine wichtige Friedensarbeit.

Insbesondere ist es die Meinung der Sozialdemokratie, die hier mit schwerem Gewicht in die Wagschale fällt. Man beachte doch, wie im Reiche und im Auslande alles aufhorcht, wenn ein sozialdemokratischer Redner im Parlament die Fälle bezeichnet, wo auch die Arbeiterschaft die Waffe fürs Vaterland ergreifen wird! Niemand versteht diese Äusserungen so, als ob in anderen Fällen die Arbeiter etwa einen Kriegsstreik versuchen würden. Das Mitgehen ist jedesmal verbürgt. Allein, mit welchen Gefühlen der Proletarier nach der Flinte greift, ist gleichwohl von höchster Wichtigkeit, denn der moderne Krieg fordert die ganze Individualität des Soldaten, die Summe seiner Energie und Aufopferungsfähigkeit. Und hinter der deutschen Sozialdemokratie stehen drei Millionen Stimmen, das heisst stark über ein Viertel des Heeres! Hat man im japanisch-russischen Kriege nicht erfahren, wie übel sich ein missmutiges Heer schlägt, dass von der verzweifelten Stimmung des Volkes begleitet wird? Auch in Russland ist kein nennenswerter Bruchteil der Einberufenen ferngeblieben, doch Kleid und Waffe machen nicht den Soldaten. In einem Kriege Deutschlands hätte darum die Sanktion der Sozialdemokratie ausserordentliche moralische Kraft: sie zeigt, ob eine innerlich zustimmende oder innerlich ablehnende Bewegung durch die Volksmassen geht. Auf die zustimmende Formel kommt es weniger an, zumal die ablehnende schwer auszusprechen wäre. Im Reichstag — und nur hier, könnte die Sozialdemokratie ein Votum abgeben — dürfte sie die Zustimmung nur aussprechen, wenn sie selbstverständlich, das heisst, wenn Deutschland völlig und rein der Überfallene wäre. In jedem anderen Falle würde sie — selbst, wenn sie nicht widerstrebt — mit dem Votum wohl zurückhalten, da sie die Verantwortung für Handlungen nicht übernehmen könnte, ohne dass man ihr die Gründe völlig klar nachgewiesen hätte. Eine runde Ablehnung endlich bleibt immer bedenklich und wird, losgelöst vom Parlament, als Parteibeschluss zur völligen Unnützlichkeit. Denn, wenn die Sozialdemokratie stark genug ist, dem stärksten Aufbäumen des nationalen Empfindens wirksam entgegenzustreben, so ist sie auch schon vermögend, im Reichstage den Gang der Dinge entscheidend zu bestimmen.

Mit dem, was die einzelnen sozialdemokratischen Organisationen, jede in ihrem Lande, für den Frieden zu tun im stande sind, ist nun auch die Summe dessen bezeichnet, was der internationale Parteitag an Friedensarbeit leisten kann: denn alle allgemeinen Beschlüsse, die er fasst, werden nur lebendig, sofern die ein-

zelen Parteien sie in Tat umsetzen. Zudem läßt gerade der jetzige Zeitpunkt, wo unter russischem Vorsitze der Friedenskongress der Staaten ein zweifelhaftes Schauspiel darbietet, mehr zur schärfsten Kritik dieser Art von Friedenspolitik ein, als zu Friedenskundgebungen im allgemeinen. Die Haager Friedensgesandten werden sich mit dem zustimmenden Chor der Friedensgesellschaften begnügen müssen. Wir jedoch können vom Haag nicht fern genug bleiben. Nicht, als ob es gelte, gegen die bürgerlichen Friedensvereine sich in Kampfstellung zu setzen. Sie mögen in aller Harmlosigkeit ihren kleinen Eitelkeiten dienen. Aber den Temperaturgrad der Leidenschaft und die Lebensstimmung, aus der sie hervorgehen, wollen wir rein von der Blutwärme und dem Drang unseres Lebens scheiden. Gewiss, die Friedensbewegung leitet ihre Abkunft irgendwie von dem grossen Zeitalter der Humanität ab, in dem auch wir geistige Ahnen haben. Allein die Verwandtschaft geht bei den Friedensleuten über die weibliche, bei uns über die männliche Linie. Die *Nichts-als-Friedensbegeisterung* ist ein Gefühl der Satten, die es so wohlhing haben wollen, dass sie auch kein grausamer Anblick stören soll, ist eine Dämmerungsphilosophie, ein Epikuräismus, dem Leben und zärtlich behüteter Leib die höchsten Güter des Daseins sind. Die Sozialdemokratie verabscheut nicht minder das Blutvergiessen, so sehr, dass sie es sogar in dem Krieg im Frieden des Maschinensaals verbannen möchte; ihre ganze Arbeiterschutzpolitik ist erfüllt von dem tiefen Empfinden für den Kulturwert jedes einzelnen Menschenlebens. Doch sie kennt höhere Güter, als das Leben, Ziele, für die man das Leben einsetzen darf, wenn sie auch keinem der modernen Staaten das Recht und die Fähigkeit zugesteht, solche Ziele weisen zu können. Und selbst den ungerechten Krieg hat der Sozialdemokrat als Politiker nie bloss als Blutvergiessen und Massenmorden angesehen, ohne ihn zugleich im Zusammenhang der weltgeschichtlichen Ereignisse zu erfassen. Berühmtes Zeugnis dessen sind die Schriften, mit denen Lassalle, Marx und Engels die Kriege Napoléons III. und Bismarcks begleiteten. Hier verläuft die männliche Linie am Stammbaum der Humanität, und wir wollen zu ihr gehören.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · EIN- UND AUSWANDERUNG UND FREMDE ARBEITER

1



E mehr man sich mit dem Problem der Konkurrenz und der gesetzgeberischen Behandlung der zuwandernden ausländischen Arbeiter beschäftigt, desto vielgestaltiger und ungeklärter erscheint es. Diesen Eindruck wird, glaube ich, ein jeder haben, der meine Skizze über die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder in dem Beilageheft zur *Neuen Zeit* liest, obwohl ich absichtlich fast ganz darauf verzichtet habe, auch noch die Meinungskundgebungen mitzuteilen, mit denen man in Arbeiterkreisen Partei für und gegen die geschilderten Massnahmen ergriff: absichtlich, denn erfahrungsgemäss streitet angesichts solcher Meinungsübersichten und Urteilsentgegenstellungen zuletzt immer eine Partei der anderen jedes Recht ab, im Namen der aufgeklärten Arbeiterschaft überhaupt reden zu dürfen, so dass man am Schlusse genau